

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

15.3.1865 (No. 63)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 15. März.

N. 63.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Deutschland.

Frankfurt, 12. März. Man schreibt dem „Nürn. Corr.“: „Wie in gut unterrichteten Kreisen versichert wird, beflügelt es sich, daß dem österreichischen Zivildirektor in den Elberzogthümern, Baron Halbhuder, im Lauf der vorwöchentlichen Woche von Seiten seiner Regierung neue, sehr präzisirte Instruktionen zugeteilt worden sind. Dieselben sollen wesentlich auf der sehr bestimmten Weisung beruhen, das Mitbestimmungsrecht Oesterreichs, in Kraft des Artikels 3 des Wiener Friedensvertrages, fortan mit aller Entschiedenheit in seiner ganzen Tragweite zu wahren und zu voller Geltung zu bringen. — Es ist jetzt die Rede von einem demnächst zu erwartenden Antrage Bayerns in Bezug auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Man vermuthet, dieser Antrag werde zunächst bezwecken, den beiden deutschen Großmächten Veranlassung zu bieten, dem Bunde nunmehr nähere Erklärungen über den demaligen Stand der Elberzogthümer-Frage zu erteilen.“

Stuttgart, 13. März. Unter den in heutiger Sitzung der Zweiten Kammer eingetommenen Nachrichten befinden sich auch 8000 fl. für Errichtung einer Gesandtschaft in der Schweiz, welche jetzt doppelt notwendig werden wird, da die Beziehungen mit der Schweiz durch den bevorstehenden Abschluß eines Handelsvertrages des Zollvereins und eines Niederlassungsvertrages noch viel wichtiger werden, als sie es ohnehin schon lange sind. Ferner wurden weiter erigirt 120,000 fl. über schon erigirte 800,000 fl. aus der Reservewaltung zu dem neuen Bibliotheks- und Archivrgebäude, sowie gewisse Summen zu Verbesserungsaufwendungen für die Revierförster und die Postbediensteten.

In fortgesetzter Berathung des Kultetats wurden heute für die Realschulen verwilligt: für 1864/65 50,046 fl. 23 kr., für 1865/66 50,246 fl. 23 kr., und für 1866/67 51,246 fl. 23 kr., mehr als in voriger Etatsperiode um 10,410 fl. 33 kr., um 10,616 fl. 33 kr., und um 11,610 fl. 33 kr. Für das Turnwesen wurden verwilligt jährliche 15,050 fl., mehr als in letzter Etatsperiode 7250 fl., worüber aber eine längere Debatte wegen der vom Studienrath erlassenen Turnordnung entstand, die indeß zu keinem Antrag oder Beschluß führte. Für nächsten Donnerstag hätte die schleswig-holsteinische Frage auf die Tagesordnung kommen sollen; sie wurde jedoch vorerst wieder verschoben.

München, 11. März. Die „Bayr. Ztg.“ nimmt heute in einem offiziellen Artikel das gegen einen Theil der polnischen Flüchtlinge angewendete Verfahren der königl. Polizeidirektion in Schutz. Wir entnehmen dem Artikel Folgendes:

Am 22. Febr. waren gegen 200 Polen angekommen. Am demselben Tag erhielt die königl. Polizeidirektion die offizielle Mittheilung, daß in den nächsten Tagen 4 bis 500 Polen zu erwarten seien. Zu gleicher Zeit kehrten Polen, offenbar durch das bisherige „barbarische“ Verfahren gegen ihre Landsleute angelockt, von der Schweiz nach München zurück. Die Zeitungen brachten die Nachricht, daß die Schweiz ihre Grenze sperre. Auch über Frankreich waren Gerüchte in dieser Richtung verbreitet. Die Situation war also folgende: einerseits stand ein Zusammenfluß von 600—800 Polen, andererseits die Grenzsperrre der Schweiz und Frankreichs in Aussicht, von den deutschen Nachbarländern gar nicht zu reden. Da galt es einen raschen Entschluß, der den Zweck hatte, Lust zu machen und den großen Andrang noch rechtzeitig aus Bayern hinauszubringen. Hätte die königl.

Polizeidirektion diesen Entschluß nicht gefaßt, so wäre nach den Vorgängen der Schweiz und Frankreichs, welche beide Länder über den finanziellen Theil der Flüchtlingsfrage ein Lied zu singen wissen, auch München der Versammlungsort der Polen geworden, und wir hätten demalen, statt 120—130, 800—1000 Polen. . . Diese Tausend wären zu Hunderttausenden herangewachsen, wenn Hunderte von Polen als Unterstüßungsmaterial in Bayern verblieben wären. Ob eine solche Summe vom Landtag genehmigt worden wäre, bleibt zweifelhaft; gewiß aber ist, daß die Gesinnung des Volks gegen eine Ausgabepolitik hätte, die unter solchen Umständen erfolgt wäre.

Altona, 11. März. Der „Wes.-Ztg.“ wird telegraphirt: Der „Schlesw.-Holst. Ztg.“ zufolge soll den Geistlichen demnächst jede Erwähnung des Herzogs auch in der maßvollsten Form auf der Kanzel verboten werden.

Altona, 13. März. (Köln. Ztg.) Dem Vernehmen nach berathen eine Anzahl Schiffshaber und Kapitäne, besonders der hauptsächlichsten holländischen Elbschiffahrts-Plätze, aus praktischen Rücksichten gemeinschaftliche Schritte gegen die Annahme der ihren Interessen ungünstigen Interimsflagge; sie wünschen die preussische Flagge zu erhalten.

Jæbøe, 10. März. (Schw. M.) Der Eigentümer der „Jæbøe Nachr.“, Pfingsten, veröffentlicht das Ergebnis der Sammlung, die er im vergangenen Jahr angestellt hat. Für die Wittwen und Waisen der gefallenen Preußen und Oesterreicher flossen zusammen 14,688 Mark (1 Mark = 42 kr.); für die verwundeten Krieger 2799 Mark; für die kriegsbedrängten Schleswiger, hauptsächlich die Sonderburger, 14,339 Mark; für die Abgebrannten in Dorsel 562 Mark; im Ganzen 32,450 Mark, dazu viele von Frauen und Jungfrauen eingelebte Schmuckstücke. Es ist dies das Ergebnis einer der größeren Sammlungen; Kiel, Rendsburg, Flensburg und andere Städte hatten Sammlungen organisiert. Gewiß liegt in diesen Sammlungen mit ein schönes Zeugnis von der Opferwilligkeit des vorigen Jahres. — Die Trennung der Parteien nimmt ihren Fortgang. In Westfalen (Dithmarschen) sind in Folge des Ergebnisses der Delegirtenversammlung die beiden Vorstände und zugleich einige andere Mitglieder aus dem schleswig-holsteinischen Verein getreten. In Jæbøe fanden mehrere Austritte statt. Für die Versammlung des schleswig-holsteinischen Vereins der Stadt Grenze am 12. März ist ein Antrag auf Auflösung des Vereins angeklagt.

Rendsburg, 11. März. (Schlesw.-Holst. Ztg.) Die endlich auch hier in Umlauf gekommene Bierzigeradresse findet zahlreiche Unterzeichner, und haben bis jetzt ungefähr 600 anständige Einwohner der Stadt sich dafür erklärt. Fast überall hört man das Bedauern äußern, daß man beikommenen Orts bisher verfaßt hat, in dieser Beziehung vorzugehen, da Rendsburg seine politische Gesinnung nie verläugnen wird. In den sogenannten sechs schleswig'schen Dörfern zirkulirt zur Zeit eine Petition, die erklärlicher Weise allgemeinen Anklang findet, dahin gehend, daß diese Dörfer wieder dem Rechte gemäß zu Holstein, zunächst zu dem Amte Rendsburg gelegt werden mögen; und gibt man sich der Hoffnung hin, daß auch diese dänische Willkürmaßregel, wodurch die betr. Dörfer ihrer Zeit, namentlich auch in Bezug des Geldpunktes, viel zu leiden gehabt haben, beseitigt und der alte rechtmäßige Zustand wieder eingeführt werden.

Flensburg, 9. März. Man schreibt den „Damb.

Nachr.“: „Es hat sich jetzt herausgestellt, daß eine große Zahl von Adressen an den Kaiser von Rußland und an den Kaiser Napoleon im Lande zirkulirt, und haben bereits nicht bloß hier in der Stadt Flensburg, sondern auch schon in verschiedenen Landdistrikten zahlreiche Verhaftungen in dieser Veranlassung stattgefunden. Der Ursprung dieser Agitation ist selbstverständlich in Kopenhagen zu suchen.“

Berlin, 13. März. (Nat.-Ztg.) Das Haus der Abgeordneten setzte heute im Beisein des Hrn. Kultusministers die Debatte über die Petitionen der Dissidentengemeinden fort.

Abg. Pette hat als Amendement einen vollständigen Gesetzentwurf über die Rechte der freien religiösen Gemeinden eingebracht, der aber nicht die genügende Unterstützung erhält. Der Kultusminister gibt hierauf Namens der Staatsregierung folgende Erklärung ab:

„Das Verhalten, welches die königl. Staatsregierung den sogenannten freien Gemeinden gegenüber zu beobachten hat, ist durch die allgemeinen Landesgesetze bestimmt. Nach der Verfassungsurkunde Art. 12 ist allen Staatsbürgern die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung gewährleistet. Diese Freiheit genießen auch die Anhänger der obengenannten Gemeinden. Der Kommissionsbericht erkennt an, daß eine Verdrückung derselben durch rechtswidrige Maßnahmen nicht stattfindet, und es ist nicht die Absicht der Staatsregierung, sie in der durch das Gesetz ihnen gewährleisteten Freiheit zu beeinträchtigen. Wenn dagegen die gegenwärtigen Petitionen darauf ausgehen, die bestehenden Gesetze zu Gunsten der Anhänger der freien Gemeinden abzuändern und ihnen neue Vorrechte und Begünstigungen zu Theil werden zu lassen, so muß die königl. Staatsregierung hierzu ihre Mitwirkung versagen. Die Staatsregierung kann es nicht als ihren Beruf ansehen, ein von den Grundlagen göttlicher Offenbarung losgelöstes Dissidententhum zu pflegen und zu befähigen. Sie vermag darin nur eine Verirrung zu erblicken, welche sie ihrem natürlichen Verlauf überlassen muß. Allein in dem Glauben an den lebendigen persönlichen Gott, wie er in der heil. Schrift Alten und Neuen Testaments geoffenbart ist, und in dem Gehorsam gegen seine Gebote erkennt sie die sichere Bürgschaft auch für die zeitliche Wohlfahrt der Nation. Indem sie sich zu diesem Glauben bekennt, wird sie in ihm Maß und Richtschnur auch für die ihr hier angekommene legislatorische Thätigkeit finden.“ (Bravo rechts und im Centrum.)

Darauf sprach Schulz (Borken) für sein Amendement. Wacker: Trotz der Rede des Kultusministers sei es Pflicht des Hauses, diejenigen Beschlüsse zu fassen, die nach der Lage der Sache angemessen seien. Redner wendet sich gegen die Abgg. Wagener, Schulz und Reichensperger, und verteidigt die Anträge der Kommission. Kleinforge (Centrum) beantragt motivirte Tagesordnung. Graf Schwerin bringt folgenden Antrag ein:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Petition der Dissidenten der Regierung zu überweisen mit der Aufforderung: I. das in der Verfassung § 19 verheißene Gesetz über die Zivilehe dem Hause in der nächsten Session vorzulegen; II. in Betreff der beantragten Korporationsrechte bei jeder einzelnen Gemeinde zu prüfen, ob die Bedingung der Dauer und Gemeinnützigkeit vorhanden, und demgemäß dem Hause Gesetzentwürfe zur Vorlage zu bringen.“

Gneiß verteidigt die Anträge der Kommission vom juristischen Standpunkte, da der dogmatische nicht angebracht sei. v. Wartenstein für den Wagener'schen Antrag. Stranguth und Bernhards für die Anträge der Kommission. — Ein Schlussantrag wird unterstützt, aber abgelehnt. — Nachdem noch Schulz (Berlin) im Allgemeinen für die Kommissionsanträge gesprochen, motivirte Graf

*Ks. Auf Leben und Tod. (Fortsetzung aus Nr. 57.)

Mittag — endlich, wieder zu Herrn Edwards. Gute Kunde, wie ich meinte, wartete meiner. Der junge Kaufherr war mit zweien seiner Freunde angekommen und nach eingenommenem Frühstück fort nach dem Circus, „wie Jedermann“, wie die alte Here von Pfortnerin, welche das Haus zu hüten hatte während alles übrige Gefinde zum Schauspiel gezogen war, etwas neidisch äbellaunig bemerkte. Dorthin eilte ich also ungekämmt, löste ein Billet, das mir den Zutritt in jeden Theil des Amphitheaters gestattete, stieß und drückte mich durch die Menschenmasse, und trat hinein. Ich hatte kein Auge für den buntpfarbigen Aufzug überall oder die Reiben begieriger aufgeregter Gesichter, Stufen über Stufen geschichtet, und noch weniger auf das, was in dem Kampfring vorging, wo ein junger Stier mit Halsentfalten und flatternden Föhnen zur Wuth angepöbelte wurde, ein bloßes Vorpiel zu den nervendurchzitternden Austritten, die nachkommen sollten. Allein die ungeheure Menschenversammlung verwirrte mich. Solche Volksmengen waren aus den benachbarten Städten und Dörfern, von dem Schauspiel angezogen, nach Malaga herin geströmt, daß nur für die Damen und einige wenige Begünstigte von der Beamtenhofschaft und dem Adel Sitze sich hatten vorbehalten lassen. Die übrigen Zuschauer standen so dicht zusammen gehäuft und geteilt, daß ich bald fand, alles Suchen nach Herrn Edwards sei hier unmöglich. Verzweifelt verzichtete ich darauf, wandte mich zum Fortgehen, gerieth aber, ansatt in's Freie zu gelangen, in einen langen Gang, der, ich wußte nicht wohin, führte, wiewohl ich das Brillen der Sitze aus den Behältern, wo sie eingeschlossen waren, hörte. Plötzlich, aus einer Art unterirdischen Raum, dessen halboffene Thür rechts von mir war, hörte ich Stimmen schallen und spanisch die Worte: „Wenn Sie eine große Belohnung bieten? So ein viertausend Reales! Bedenkt, ihr Herren, viertausend Reales für Eine Stunde Arbeit!“

Mein Fuß wurzelte auf dem Fled und das Blut stieg mir zu Kopf, während ich lauschte, als ob mein Leben vom Erbrechen des nun Folgenden abhinge.

„Wir finden Keinen, und wenn wir noch so viel böten,“ sagte eine andere Stimme flehmlich; „Keiner, dem noch sein Leben lieb ist, liebe die Gefahr, und Garamba [Zuseh!] was werden die Leute sagen? 's gibt einen Anlauf, und unsere Häuser können's büßen müssen. Denkt euch nur die Wuth der Tausende droben, wenn sie hören, der Manuel Zagal könne gar nicht auftreten und wir hätten keinen Espada*, der für ihn einträte.“

Wenn der Pinjel nur so vernünftig gewesen wäre, das Bein nach der Corrida [Stiergefecht] anstatt vorher zu brechen! — jammerte ein dritter Sprecher. „Doch, Señores, was ist zu thun? Ich zahl'te eher vier ja sechs tausend Reales aus meiner eigenen Tasche, als daß ich den Leuten sag'te, sie kämen um's Beste vom Spiel. Sie plündern uns wohl gar die Häuser aus Raube, und Unheil gib't's sicherlich. Was können wir thun? Keine Espada einen Pfifferling werth auf Stunden weit zu finden und Choco eben nur im Stand, den jungen Bullen gegenüberzusetzen, und denen noch mit den Kugeln auf den Hörnern. Wir werden den Halbmond brauchen müssen, und vor dem Generalkapitän, die Schande!“

Jetzt begriff ich allmählig, wo das Reden hinaus wollte. Ein geleiteter Matador, wußte ich, Namens Manuel Zagal, sollte von Sevilla, der hohen Schule der Stierkämpfer, herüberkommen, um seine Kunst im Abthun der erst von ihnen bereiteten Feinigen, den Picadores, zur rasendsten Wuth gedadelten Thiere zur Schau zu stellen. Dieser, ob seiner Geschicklichkeit und Herzhaftigkeit berühmte, Schwertkämpfer stand in seinem Beruf so hoch, daß man es für überflüssig ge-

halten hatte, noch Einen desselben Kunstzweigs zu miethen, und da Matadore, wie Opernsänger, von Ort zu Ort, je nach ihrem Engagements reisen, so war damals kein Mitglied der Kunst in Malaga. Ein — unter dem Spitznamen (Choco*) befannter — Torero war wohl zu haben, der war aber, obwohl ein Liebling bei dem gemeinen Volk, mehr von einem Possenreißer als von einem Schwertkämpfer, und hatte weder die Gewandtheit noch den Wagemuth, die ein echter Matador besitzen muß. Wird ein Matador verwundet, oder verhinbert irgend ein ungeschickter Zufall das Erscheinen eines solchen, so bleibt kein Mittel übrig, als den Stieren mit dem Halbmond, einer scharfen Sichel am Ende einer Stange, die Beine durchzuhauen oder die Knie flecken zu zerschneiden, und sie so vollends abzuhun. Allein dieser barbarische Ausweg bringt fast unausbleiblich das Volk in Born, das mit der Grausamkeit der Handlung nicht, wohl aber mit der Abwesenheit jener Wagnis und Gefahr des Menschenlebens, die so wesentlich zu den Aufregungen des Stierkampfes gehören, übel zufrieden ist.

In diesem Fall konnte ich unschwer errathen, was vorgegangen war. Dem begabten Schlachtkünstler von Sevilla, Señor Manuel Zagal, war ein ernstlicher Unfall zugefallen, und die Behörden fürchteten sich nun, dem Volk das Vorgefallene zu verübeln, wohlwissend, daß ein gewaltiger Ausbruch der Volkswuth erfolgen würde. Die Sprechenden selbst konnte ich, einen Schritt vortretend, jetzt sehen. Zwei waren in Civiluniform, der Stadt-Alcalde, und ein vierstelliger starkbelebter Mann mit starken Augenbrauen, der Polizei-Corregidor. Der Dritte war ein geschmeidiges ehrerbietig thunendes Männchen in schwarzem, französisch-modernen Anzug, der Direktor der Corrida.

(Fortsetzung folgt.)

*) Degen — so eigentlich und nur nennt der Spanier, was man sonst den Matador, der dem Thier den Todesstoß gibt, zu heißen pflegt.

*) Tintenschichten; aber auch Choco = Faselhahn, und Chocarrero = Possenreißer.

Schwerin sein Amendement und fügt diesen hinzu: „sowie das im Artikel 26 vorgeschriebene Unterrichts-gesetz.“ Es folgen Abg. Langensberg, Bayern, Rheinhesen, Nassau, laut Punkt 5 des Protokolls zum Zollanschluss-Vertrag. Es wird telegraphische Zustimmungswort erwartet, um am nächsten Samstag den Vertrag zu unterzeichnen. — Von Seiten der österreichischen Regierung sind die Mitglieder für die Zoll-enquête noch nicht ernannt; die englischen sollen am 15. d. M. abreisen.

Berlin, 13. März. (Köln. Ztg.) Der Zollvertrags-Entwurf mit Oesterreich ist Samstag Abend an die Zollvereins-Regierungen versandt, nämlich an Württemberg, Bayern, Rheinhesen, Nassau, laut Punkt 5 des Protokolls zum Zollanschluss-Vertrag. Es wird telegraphische Zustimmungswort erwartet, um am nächsten Samstag den Vertrag zu unterzeichnen. — Von Seiten der österreichischen Regierung sind die Mitglieder für die Zoll-enquête noch nicht ernannt; die englischen sollen am 15. d. M. abreisen.

Wien, 11. März. (Köln. Z.) Hr. v. Schmerling wurde gestern zu Sr. Maj. dem Kaiser berufen, um über die Differenzen zwischen Kabinet und den Finanzkomitees einen ausführlichen Bericht zu erstatten. Mit großer Spannung sieht man der Budgetberatung entgegen. Der neue Zolltarif wird, mit einem Einführungs-gesetz versehen, Ende dieses Monats dem Reichsrath vorgelegt werden. In dem Einführungs-gesetz währt die Regierung die Befugnis, auf Grundlage des allgemeinen Tarifs Handelsverträge mit auswärtigen Mächten abzuschließen. Was die internationale Enquête betrifft, so ist es ungünstig bemerkt worden, daß bei der Wahl der österreichischen Fachmänner Ungarn übergegangen wurde. Die Regierung hat nun nachträglich diesen Fehler gutgemacht und die Grafen Dessoeffy und Barcozy eingeladen, an der Enquête Theil zu nehmen. Die beiden Magnaten haben indessen bis jetzt wahrscheinlich politischer Bedenken wegen noch nicht zugestimmt. Es wäre sehr zu bedauern, wenn sie von den Verhandlungen fern blieben, da beide Kapazitäten ersten Ranges und entschieden freihändlerisch gesinnt sind.

Wien, 11. März. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: „Wahrscheinlich wird Ihnen aus Berlin gemeldet werden, daß Graf Karolyi seit der Uebergabe der Depesche vom 5. wiederholt Besprechungen mit dem k. preussischen Ministerpräsidenten hatte, und eben so wahrscheinlich wird Ihnen dies unter der Voraussetzung gemeldet werden, daß der österreichische Gesandte angewiesen sei, den Versuch zu machen, von den in ihrer Totalität als unannehmbar befundenen preussischen Forderungen etwas herunter zu handeln. Diese Voraussetzung würde indessen eine irrige sein. Graf Karolyi hatte vielmehr Aufträge zu vollziehen, welche weit abliegen von einer Abschwächung der Tendenzen der Depesche des Grafen Mensdorff. Vielmehr hatte er deren Schlussbemerkung, daß Interessen von der größten Wichtigkeit die schleunige Regelung der Besitzfrage der Herzogthümer erheischen, durch einbringliche Vorstellungen zu verstärken. Wengleich Oesterreich sich genöthigt sieht, auf den Art. 3 des Friedensantrags zu rekurriren, so ist ihm doch mit einer ganz unabsehbaren Fortsetzung des Statusquo nicht gedient. Oesterreich beharrt also auf dem Standpunkt seiner Dezember-Depesche, wenn es auch zugibt, daß die Besitzfrage im Zusammenhang mit der Frage von den Garantien, die hierbei den preussischen Interessen zu bieten seien, gelöst werde.“

Wien, 11. März. Ueber die neuerlich an den österreichischen Zivilkommissar in den Herzogthümern, Frhrn. v. Halbhüser, abgegangenen Weisungen wird der „N. Fr. Pr.“ Folgendes berichtet: „Die neuen Verhaltungsmaßregeln, welche der österreichische Kommissar in den Herzogthümern erhalten hat, sind im Zusammenhang mit der Depesche vom 5. d. rebigirt worden, und haben die Tendenz, das für zu sorgen, daß der hier aufgestellten Theorie vom Rechtsstandpunkt Oesterreichs nach Art. 3 des Friedensvertrags die praktische Ausführung nicht fehle. In Anknüpfung an die Verständigung über die Thatsache, daß die bisherigen Verträge, mit Preußen zu einer vorläufigen Vereinbarung bezüglich der Uebertragung des Besitzrechts in den Herzogthümern zu gelangen, gescheitert seien, erhielt Frhr. v. Halbhüser die Ermächtigung, jetzt, nachdem für die im bisherigen Stadium der Verhandlung für angemessen erachtete Reserve kein Grund mehr obwalte, auch für den seitherigen gemeinsamen Besitzstand nunmehr eine längere Dauer in Aussicht zu nehmen sei, jeden sich in der Verwaltung ergebenden Fall lediglich und ausschließlich aus dem Gesichtspunkt des Mitbesitzes aufzufassen und zu behandeln. Es habe dies für alle Zweige der Verwaltung und der Polizei zu gelten, und auch bei der Anstellung und Verwendung der Vollzugsorgane sei auf diesen Standpunkt Bedacht zu nehmen, ein Standpunkt, von dem aus der österreichische Kommissar genau eben so viele Rechte und Befugnisse wie sein preussischer Kollege in Anspruch zu nehmen und, wie sich selbst kein Vor- oder Uebergreifen zu erlauben, so auch nichts dergleichen zu gestatten habe.“

Wien, 13. März. (Fr. Z.) Der bisher noch unbegebene Rest der vierundsechzigjährigen Silber-Staatsanleihe ist vom Finanzminister einem Konsortium englischer Kapitalisten überlassen worden. Abendbörse: Kreditaktien 185.40, 60er Loose 94.40, London 111 1/2.

Schweiz.

Bern, 13. März. (Bund.) In Stuttgart haben die Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen der Schweiz und dem deutschen Zollverein ihren Anfang genommen. Die schweizerischen Bevollmächtigten haben, betreffend das Ergebnis der ersten Konferenz, Bericht erstattet. Ihren Ansichten entsprechend, läßt ihnen der Bundesrath einige nachträgliche Instruktionen und Erläuterungen der schon angenommenen Weisungen zukommen.

Belgien möchte mit dem Bundesrath Unterhandlungen einleiten, um einen Vertrag, betreffend den Schutz des literarischen und künstlerischen Eigenthums, mit der Schweiz abzuschließen zu können. Der gleichartige Vertrag mit Frankreich, jedoch mit Auslassung einiger Vorschriften, sollte den dahierigen Verhandlungen zu Grund gelegt werden. Mit Rücksicht auf die im Handelsvertrag mit Belgien enthaltene

Erklärung beantwortet der Bundesrath diese Anfrage in dem Sinn, daß er die weiteren Eröffnungen Belgiens, betreffend allfällige gütliche Abänderungen der mit Frankreich vereinbarten diesfälligen Bestimmungen, gewärtige. Jedoch wird das Ergebnis der noch darüber waltenden Verhandlungen mit Italien und mit dem Zollverein vorbehalten.

Die Regierung von Baselstadt beschwert sich wegen der schweren Last, welche der Aufenthalt und der Durchpaß der polnischen Flüchtlinge diesem Kanton überbinden. Dieselbe befindet sich in der Unmöglichkeit, den diesfälligen bundesrathlichen Beschluß vom 15. Febr. anzunehmen, und will in dieser Hinsicht ihr Appellationsrecht vorbehalten wissen. Da es häufig geschieht, daß Kantonsregierungen Flüchtlinge nach Basel schieben, wo sie verbleiben, wenn sie von jedem andern Bande weggefahren worden sind, so hat der Bundesrath es als billig erachtet, diejenigen Kosten zu vergüten, welche zur Last von Basel fallen, weil diese Stadt den polnischen Flüchtlingen als Ausgangsstation dient.

Italien.

Turin, 9. März. (N. Fr. Ztg.) Mit der vorgestern erfolgten Abreise des Königs von Mailand nach Florenz fand auch gleichzeitig die Uebertragung seines militärischen Hauses nach jener Stadt statt. Die meisten Ordnonanzoffiziere und Adjutanten Viktor Emanuel's waren bis jetzt hier verblieben; jetzt haben sie sich aber sämmtlich nach Florenz begeben und der Hof ist nun als definitiv dort aufgeschlagen zu betrachten. Die großen Würdenträger, wie der Marquis v. Breme, Oberzeremonienmeister, der Graf d'Angrogna, Oberjägermeister, Graf Castiglione, Oberstallmeister, Graf Cibrario, erster Sekretär des Königs, u. c. u. c., sind bereits in der Hauptstadt installiert, und gegenwärtig ist man auch damit beschäftigt, die Appartements der Prinzen, sowie der Herzogin von Genua einzurichten. Der Minister des königl. Hauses, Graf Nigra, wird in Florenz eine Privatwohnung beziehen, da die Räume des Pallastes Pitti eng gemessen sind. Der König gedenkt wenig in Florenz, sondern meist auf dem herrlichen Jagdschloß St. Rapore bei Pisa zu verweilen. Der Kronprinz wird höchstens zwei Monate im Jahr in Florenz wohnen und vorerst sein Kommando in Neapel nicht verlassen. Der Prinz Amadeus bleibt noch geraume Zeit als Oberst des hier liegenden 65. Infanterieregiments in Turin. Dagegen wird der Prinz von Savoyen-Carignan, der Better und Rathgeber des Königs, an seiner Seite in Florenz bleiben. Die Räume des hiesigen Pallastes sind schon sehr öde geworden; im Schloßhof werden Ritten gepackt und die prachtvollen Empfangsäle sind bereits verwaist.

Turin, 10. März. (Köln. Ztg.) Den besten Beweis, wie müde die Kammer ist, gibt der Kompromiß in der Frage der Todesstrafe. Nachdem die Majorität der Ausbreitung der toskanischen Gesetzgebung über diesen Punkt auf die ganze Halbinsel bereits gewonnen war, nachdem die Kammer zu rückhaltlos den Reden zu Gunsten der Abolition Beifall geklatscht, nachdem es sich nur noch darum zu handeln schien, ob man in dem Militär-Strafgesetzbuch die Todesstrafe beibehalten solle oder nicht, da plötzlich ändert sich diese Stimmung und die Kammer begnügt sich mit einer lauen Empfehlung an das Ministerium, die Frage zu studiren. — Die Unterdrückung des Freihaufens von Livorno, von welcher der Finanzminister eine erhebliche Zunahme der Einkünfte erwartet, dürfe in Anbetracht der Vortheile, welche dieser Stadt aus der Verlegung des Regierungssitzes erwachsen werden, keinem großen Widerspruch begegnen. — Die Dekrete über die Stiftung einer neuen Denkmünze für die Unabhängigkeitskämpfer von 1859 bis 1861 sind erschienen. Aufgeschallen ist die Bestimmung, daß nur die Tausend von Marsala das Recht haben, die neue Denkmünze zugleich mit der ihnen früher verliehenen zu tragen. Alle Andern haben nur ein Optirungsrecht.

Turin, 13. März. Die „Opinione“ meldet, daß der König ein Amnestiedekret für alle politischen und Pressevergehen und für die Kontravention gegen das Nationalgarde-gesetz unterzeichnet hat. Ein anderes Dekret ertheilt den wegen der Angelegenheit von Aspromonte verurtheilten Soldaten Amnestie.

Turin, 14. März. Die Abgeordnetenkammer hat gestern den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe angenommen; ausgenommen sind die Bestimmungen für das Kriegs- und Seewesen und für das Räuberwesen.

* Briefe aus Rom melden, daß Hr. v. Sartiges eine Audienz beim Papst gehabt hat, mit welchem er sich eine Stunde lang unterhielt. Hr. Louis Veuillot ist nach Frankreich zurückgekehrt.

Frankreich.

* Paris, 13. März. Wir entnehmen dem Bericht des „Abend-Moniteur“ über das Leichenbegängnis des Herzogs von Morny Folgendes: Bereits von 10 Uhr Morgens an strömte eine ungeheure Volksmenge nach der Stadtgegend zwischen dem Pallast des Gesetzgeb. Körpers und der St. Magdalena-Kirche. Auf der Invaliden-Ésplade war eine halbe Batterie Artillerie aufgestellt, welche die vorgeschriebenen Salven gab. Die Fassade des Pallastes war schwarz behangen; man gewahrte darauf die Worte „Pro patria et Imperatore“ neben dem Wappen des Verstorbenen. Von dem Pallast des Gesetzgeb. Körpers bis zur St. Magdalena-Kirche bildete auf der einen Seite Linienmilitär und auf der andern die Garde Spalier. Das Innere der Kirche war mit Schwarz und Silberfransen behangen und in der Mitte stand von Kandelabern und Kerzen umgeben ein hoher Katafalk. Ein Viertel vor zwölf Uhr kündigten 15 Kanonenschüsse an, daß der Sarg auf den Wagen gebracht wurde. Um Mittag setzte sich der Zug in Bewegung, und zwar in folgender Ordnung: Die Garde von Paris; eine Schwadron von Gardejägern zu Pferde; ein Bataillon von Garde-Fußjägern; drei Linienbataillone; ein Bataillon Gardegrenadiere. Die Fahnen waren umflort. Darauf

folgte, von einer Eskorte einer Abtheilung von Gardejägern zu Pferde begleitet, Marschall Magnan und der Generalstab der Armee von Paris. Drei Trauerwagen mit dem Wap-pen des Verstorbenen, in welchen die Geistlichkeit saß, gingen unmittelbar dem Leichenwagen voran, welcher von 6 Pferden gezogen wurde und dem drei Zeremonienmeister mit den Ordensdekorationen des Herzogs folgten. Die Spitze des Leichenzuges wurden vom Staatsminister Rouher, vom Herzog v. Persigny, vom Vizepräsidenten des Gesetzgeb. Körpers, Hrn. Schneider, und dem ersten Präsidenten des Rechnungshofes, Hrn. de Rober, getragen. Der Kaiser hatte sich durch General Fleury, seinen Adjutanten, Prinz Napoleon durch den Oberst Ferri-Bisoni, und Prinzessin Mathilde durch den General Bougenel vertreten lassen. Die Dienerschaft des Verstorbenen in dieser Trauer folgte dem Leichenwagen. Darauf die Marschälle, die Minister, die Mitglieder des diplomatischen Korps, der ganze Gesetzgeb. Körper, die Senatsdeputation, Deputationen des Staatsraths, des Rechnungshofes, des Kassationshofes, des Gerichts erster Instanz und des Handelsgerichts, der Universität, eine Deputation der Gesellschaft Gallen-Paris-Gier, deren Beschützer Hr. v. Morny gewesen war. Nach diesen Deputationen bemerkte man noch viele Senatoren und Mitglieder des Staatsraths in Kostüm, General Mellinet und seinen Generalstab, sowie die Bataillons-chefs der Nationalgarde. Der Seinepräsident und der Polizeipräsident, und die Spitzen der städtischen Behörden beschloffen den Zug. Auch die nicht offizielle Welt, namentlich die hohe Finanzwelt, war zahlreich vertreten. Von der Kirche aus bewegte sich der Zug nach dem Friedhof Père Lachaise über sämtliche Boulevards. Am Grabe sollen die H. Rouher und Schneider Reden gehalten haben.

Gestern fand in dem Cirque de l'Impératrice die feierliche Preisvertheilung der Société philotechnique statt. Es bezweckt diese Gesellschaft in ähnlicher Weise wie die von Perdonnet geleitete Association polytechnique die Fortbildung jüngerer Arbeiter. Prinz Napoleon, der kürzlich die Präsi-dentschaft dieser Gesellschaft angenommen hat, sollte bei dieser Gelegenheit eine Rede zu Gunsten des unentgeltlichen obligatorischen Schulunterrichts halten; allein er wurde, wie er in einem durch die Journale veröffentlichten Schreiben anzeigt, durch Unwohlsein zu Hause zurückgehalten. Außer den Preisen selbst wurden im Namen des Kaisers, der Kaiserin, des kaiserl. Prinzen und des Unterrichtsministers fünfzehn Sparkassenbüchlein ausgetheilt. Es wohnten über 5000 Menschen diesem Akte bei.

Der Unterrichtsminister hat ein neues Rundschreiben an die Präfecten erlassen, welches nähere Weisungen über die Art und Weise enthält, wie künftighin die Schullehrer zu meteorologischen Beobachtungen verwendet werden sollen. Es sollen die nöthigen Schritte gethan werden, um sich mit auswärtigen Regierungen, die bereits eine ähnliche Organisation eingeführt, in zweckdienliche Verbindung zu setzen. Der Unterrichtsminister hat gleichfalls eine Kommission ernannt, welche Vorschläge zur Reorganisation des Studiums der Rechtswissenschaften machen soll. Die Kommission besteht aus bedeutenden Juristen, sowie aus Professoren der Rechts-fakultäten von Paris und den Departementen, und hat Hrn. Delangle zum Präsidenten.

Der Oppositionsdeputirte Glais-Bizoin hat folgendes Amendement zum Militärgesetz eingebracht:

Die aktive Dienstzeit wird auf zwei Jahre herabgesetzt für alle junge Leute, die zwei Jahre vor der Ziehung hinüber alle Sonntag an militärischen Exercitien Theil genommen haben.

In dem Befinden des berühmten Wetterpropheten Mathieu (de la Drome) soll eine bedeutende Besserung eingetreten sein.

Die Börse ist heute ziemlich leer; der größere Theil des gewöhnlichen Publikums ist auf den Boulevards, um dem Leichenbegängnis Morny's zuzuschauen. Die Geschäfte sind deßhalb nicht sonderlich belebt; die Kurse bleiben aber fest. Rente 67.75, Cred. Mob. 868.75, Ostb. 522.50, ital. Anl. 64.75.

Paris, 14. März. (Sch. M.) Der „Moniteur“ veröffentlicht die Reden, welche Vizepräsident Schneider und Rouher gestern am Grabe des Herzogs v. Morny hielten. Rouher erinnerte an das Wort Morny's: die Freiheit kann nur begründet werden auf friedlichem Weg, durch das aufrichtige Einverständnis eines liberalen Fürsten und einer maßvollen Volksvertretung.

Belgien.

Brüssel, 12. März. (Köln. Ztg.) Der „Moniteur“ veröffentlicht heute gemäß der auf Antrag des Hrn. Coomans getroffenen Verfügung des Abgeordnetenhauses die mexikanischen Aktenstücke: zwei Rundschreiben des Kriegs-ministeriums und drei königl. Erlasse, welche 895 belgischen Soldaten (mit Einbegriff von 39 Offizieren) die Erlaubnis ertheilen, ohne Verlust des Judigenats in mexikanischen Dienst zu treten. Diese Erlaubnis ist für die Offiziere nur auf zwei Jahre gültig, und für Alle an die Bedingung geknüpft, daß sie durch keinerlei Handlung die Pflichten der Neutralität verletzen dürfen. Kaiser Maximilian konnte sich also eben so gut eine Leibwache von Belgobaten anschaffen. Das erste, vom 25. April datirte Rundschreiben des Kriegs-ministers ladet alle hohen Offiziere ein, dem Organisator der Expedition, pens. Generalleutnant Chapelle, „ohne Verzug alle Erleichterungen zu gewähren, welche derselbe in Ausführung der ihm übertragenen Aufgabe verlangen werde“. Durch das zweite, unterm 3. Sept. erlassene Zirkular setzt Hr. Chazal nachträglich die Verantwortlichkeit der Regierung außer Spiel. — Der Herzog von Brabant beabsichtigte am 20. Febr. in Kallutta nach China sich einzuschiffen. — Der Bauteurminister wird demnächst einen Kredit von 45 Millionen für öffentliche Arbeiten verlangen.

Niederlande.

Aus den Niederlanden, 10. März. (N. Korr.) Am 8. d. Nachmittags um 3 Uhr erfolgte zu Belsen, im Beisein des Direktors und der Ingenieure der Kanalgesellschaft, mehrerer

hohen Beamten des Ministeriums des Innern und vieler Personen aus den umliegenden Orten und aus Amsterdam, der erste Spatenstich zu dem Bau des Kanals, der Holland in seinem schmälsten Theile durchziehen wird.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. März. (Nat.-Ztg.) Die antike „Berling. Ztg.“ veröffentlicht die sämtlichen neuern Aeußerungen französischer Blätter, wie auch der „Köln. Ztg.“ zu Gunsten der Durchführung des Nationalitätsprinzips in Nordschleswig, und knüpft daran die zuversichtliche Erwartung, daß die diplomatische Intervention des Kaisers der Franzosen schließlich zu der Rückgabe Nordschleswigs an die dänische Krone führen werde. Dasselbe Blatt rügt das von schwedischen Blättern gemeldete Bestehen eines „Nordischen Nationalvereins“ in Dänemark wie in Schweden. Das Wirken für die Vorbereitung einer Vereinigung der drei nordischen Reiche zu einem konstitutionellen Staatenbund mit gemeinschaftlichem Vertheidigungswesen und mit gemeinschaftlicher Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten, wenn auch unter Wahrung der Selbständigkeit der Reiche der inneren Angelegenheiten, sei unstatthaft, und es müsse sehr bedauern, daß ein solcher Verein in Dänemark existire, ja allem Anschein nach schon früher existirt habe. Wahrscheinlich wird jetzt das Ministerium stärker als zuvor darauf dringen, daß gegen die politischen Bestrebungen in skandinavischer Richtung die bereits früher im Reichsrath proponirte Strafbestimmung festgesetzt werde. — Das Reichsraths-Volksting beschloß heute, daß nur solche schleswig-holsteinische Fahrzeuge auf dänische Schiffsregister übertragen werden sollen, welche vor der Vereinbarung des Wiener Friedensvertrags als Eigentum dänischer Schiffsheher angemeldet waren. Die Kammer wollte Anfangs nur mindestens sämtliche schleswig'schen Fahrzeuge dieselbe Begünstigung zuwenden, allein der Finanzminister bemerkte, daß im Jahr 1849 an Frankreich eine Erklärung entgegengesetzten Inhalts abgegeben worden sei.

Ueberlandpost.

Messina, 12. März. Die Nachrichten aus Indien melden, daß in Bootan der Krieg wieder ausgebrochen ist. Die Eingebornen haben die Engländer angegriffen, denen ein Offizier getödtet und mehrere Soldaten getödtet und verwundet wurden.

Man meldet aus Neu-Seeland, daß der Anführer der Insurgenten einen Waffenstillstand bis April verlangt hat. Man zweifelt daran, daß diesem Verlangen gewillfährte werden wird.

Briefe aus Konstantinopel melden, daß die Pforte eine Kommission ernannt hat, die damit beauftragt ist, die Befestigung mehrerer Städte der asiatischen Grenze auszuführen. — Hr. v. Lesjeps ist in Konstantinopel eingetroffen.

Malta, 12. März. Man hat Nachrichten aus Shanghai bis zum 26. Jan. Aus Japan erfuhr man, daß das Gericht des Wiederaufbaues des Forts von Simonsaki unbedrängt ist. In der Meereer ist man auf sechs japanische Dampfer getroffen, die einer zur Bestrafung des Fürsten von Nagato ausgesandten Expedition angehörten.

Amerika.

Neu-York, 2. März. (Durch die „Europa.“) Es geht das Gerücht, daß Sherman sich mit Schofield vereinigt und Columbia verbrannt habe. Johnstone, der an Beauregard's Stelle getreten ist, steht an der Spitze von 90,000 Mann, die den gesammten Effectivbestand von Südkarolina, Georgia und Florida bilden. Grant macht Anstalten zum Vorgehen. — Senat und Repräsentantenhaus haben eine Anleihe von 600 Mill. Dollars angenommen.

Die Nachrichten aus Mexiko melden, daß die Garnison von Oaxaca, 7000 Mann stark, sich dem Marschall Bazaine auf Gnade und Ungnade ergeben hat. Porficio Diaz versuchte, zu entkommen, allein er wurde ergriffen und erschossen. Die französischen Truppen haben die Querillas unter Romera und Roga vernichtet. Romera wurde erschossen. Der französische Konsul wurde aus Matamoros verjagt.

Neu-York, 2. März. (Köln. Ztg.) General Sherman verbrannte Columbia, weil auf seine Soldaten geschossen wurde, befehlte einem Gerücht zufolge Augusta, und konfiskirte mit Racumen in Georgetown. Richmonder Blätter erörtern die eventuell notwendige Räumung Richmonds. (Columbia, die offizielle Hauptstadt Südkarolina's, d. h. der Sitz der Regierung, war bekanntlich schon vor dem Fall Charleston's, am 17. Febr. nämlich, in die Gewalt des Nordens gerathen. Augusta liegt südwestlich von Columbia am rechten Ufer des Savannah-Flusses an der Grenze von Georgia und Südkarolina in ersterem Staate.)

Der Staat Neu-Jersey verwarf das Verfassungsamendement. Der Staat Georgia opponirt gegen die Slavenbewaffnung. Das Repräsentantenhaus in Washington genehmigte die Zollerhöhung, vom April ab gerechnet, auf Spirituosen und Seidengewinnste, besteuerte Baumwolle mit 5, Petroleum 20, Tabakstengel 15, Mineralöle 15 und Schieneneisen mit 50 Cent. Das Repräsentantenhaus genehmigte die Bill einer Anleihe von 600 Millionen. Der Verkauf der 7=30 Bonds beträgt seit 1. Febr. 78 Millionen, 111 Millionen wurden unverkauft gelassen.

Aus Montevideo wird berichtet, daß ein brasilianischer Geschwader in Cerro Belagerungsmaterial und ein beträchtliches Geniekorps gelandet hat. Die Errichtung der Batterien hat am 30. Jan. begonnen. Da die Artillerie der Brasilianer nicht weniger als 50 schwere Belagerungsgeschütze zählt, so denkt man, daß der Platz nicht mehr lange sich halten werde.

Mexiko. Wir entnehmen dem Schreiben des Kaisers Maximilian an die vier Bischöfe von Mexiko, Michoacan, Queretoro und Oaxaca, die an ihn eine Betsuchenschrift wegen der Verfügung in Betreff der geistlichen Güter hatten ergehen lassen, folgende Stelle:

Die große Majorität der Nation fordert diese Lösung und hat

Recht, sie zu fordern. In diesem Punkt bin ich im Stand, mit mehr Gewißheit zu urtheilen, als Sie, Mgr., da ich so eben einen großen Theil Ihrer Sprengel durchkreist habe, während Sie seit der Rückkehr aus Ihrem Exil in der Hauptstadt geblieben sind. Deshalb und nach reiflicher Ueberlegung, nachdem ich mein Gewissen zu Rath gezogen und würdige Theologen befragt, habe ich mich zu einer Handlung entschlossen, die in Nichts das Dogma der Religion verletzt und andererseits unsern Mitbürgern eine freie Existenz des Geistes sichert.

In Betreff der Stellung, welche die mexikanische Regierung dem Vatikan gegenüber einnimmt, meldet das „Memor. diplom.“, daß der Erzherzog Maximilian, ehe er definitiv die Kaiserkrone annahm, Hr. Rint v. Roobendeck, ehemaligen belgischen Gesandten in Mexiko, nach Rom gesandt hatte, um sich über die Grundlage des Konkordats, welches später abzuschließen war, zu verständigen. Hr. Rint brachte nach Mexiko das Versprechen, daß der Hof in Rom, indem er nicht weniger für Mexiko thun wollte, als er für Spanien gethan, mithin nichts dagegen einzuwenden habe, wenn die Frage des Verkaufs der geistlichen Güter in Mexiko in ähnlicher Weise wie in Spanien erledigt werde. Was die Verhältnisse zwischen Kirche und Staat betrifft, so erhielt Hr. Rint gleichfalls die Zustimmung zu dem in Belgien besetzten System, mit dem einzigen Unterschied, daß die „katholische“ Religion als Staatsreligion erklärt werde. Auf Anwendung dieser beiden Prinzipien sollte sich das zukünftige Konkordat gründen.

Baden.

Karlsruhe, 14. März. In dem Pfriundnerhaus der Karl-Friedrich-Georgs- und Sophien-Stiftung hat heute der älteste von den in die 2. Klasse aufgenommenen Pfriundnern, Jakob Bücher, sein 90. Lebensjahr bei noch ganz rüstiger Gesundheit zurückgelegt. Der Verwaltungsrath der Stiftung nahm hiebei Veranlassung, im Verein mit den übrigen Bewohnern des Pfriundnerhauses dem hochbetagten Greis seine Glückwünsche darzubringen, und hat zugleich unter den Tischgenossen des Jubilars eine entsprechende Geburtstagsfeier veranstaltet. Gehoben wurde diese Feier dadurch, daß unser durchlauchtester Großherzog dem Pfriundner Bücher in besonderer Rücksicht auf seinen stets achtungswürdigen Wandel ein ansehnliches Gabengeschenk durch den Vorstand des Pfriundnerhauses einhändigen ließ. Diese wohlwollende Aufmerksamkeit unseres hochherzigen Fürsten machte auf den alten gefeierten Mann und seine zahlreichen, gleichfalls im hohen Alter stehenden Haus- und Tischgenossen einen ergebenden Eindruck.

Heidelberg, 13. März. Das „Mannh. Journ.“ vom 8. d. brachte einen (auch in die „Köln. Ztg.“ theilweise übergegangenen) Artikel über die hiesige Handelsgerichts-Angelegenheit, der einer Berichtigung bedarf. Es ist unrichtig, daß bei der Abstimmung über die Errichtung eines Handelsgerichts in Heidelberg sich nicht die nötige Anzahl Stimmberechtigter betheiligt hätten; es ist weiter unrichtig, daß sich bei der Versammlung Stimmen gegen den Sitz eines Handelsgerichts in Heidelberg erhoben haben.

Bei den Verhandlungen betheiligten sich theils direkt, theils indirekt 115 hiesige Kaufleute und Industrielle, von welchen und zwar einstimmig, die Ansicht geltend gemacht wurde, daß die Errichtung eines Handelsgerichts auf hiesigem Platz mit allen gesetzlichen Mitteln zu erreichen sei.

Gemäß dem Firmenregister sind in der Stadt Heidelberg 157 Firmen eingetragen, so daß weit mehr als die absolute Majorität ihr Votum abgegeben haben. Was die weitere Bemerkung des Verfassers, den Handel Heidelbergs betr., anbelangt, so glauben wir, dies sichtlich mit Stillschweigen übergehen zu dürfen, da es trotz der gegenseitigen Ansicht des Hrn. Korrespondenten notorische Thatfache ist und bleibt, daß Heidelberg nach Mannheim den bedeutendsten Waaren- und Produktenshandel von ganz Baden besitzt (?), ganz abgesehen davon, daß mehrere der benachbarten Amtsgerichts-Bezirke bereits den Wunsch ausgesprochen haben, bei der Organisation von Handelsgerichten dem Bezirk Heidelberg zugewiesen zu werden.

Vermischte Nachrichten.

Freiburg, 13. März. (Oberh. Kur.) Gestern starb Dr. Ferdinand Schinzinger von Hetsch, durch seine ökonomische Thätigkeit auch in weitem Kreise bekannt.

Aus der bayr. Pfalz, 9. März. (Pfalz. Ztg.) Heute Vormittag hat der 23jährige Konrad Pösch, Handlungsreisender aus Mannheim, seine 19jährige Geliebte, Mina Manz aus Tübingen, in einem Gasthof in Hochspeier mit einem Doppelzergerol durch einen Schuß in die Stirne getödtet und sich dann selbst in den Mund geschossen, so daß Beide als Leichen gefunden wurden. In einem vorgeschriebenen Brief an das Bürgermeisteramt in Hochspeier stand, daß unheilbares, schreckliches Uebel Veranlassung zu diesem Schritt war. Nach andern Nachrichten wären Beide am Abend vorher ganz munter gewesen und hätten zusammen Champagner getrunken. Man glaubt, das in der Bertheilung der Religion (Pösch war Israelit, das Mädchen Christin) liegende Hinderniß einer Verehelichung habe Beide zu der That veranlaßt.

Stuttgart, 13. März. Morgen Abend findet eine öffentliche Versammlung im oberen Museum zur definitiven Konstituierung der Aktiengesellschaft für den zoologischen Garten und zur Wahl des definitiven Verwaltungsraths an der Stelle des provisorischen Komitees statt. Da bereits über 80,000 fl. an den erforderlichen 100,000 fl. gezeichnet sind, so kann nach Einsetzung des Vorstandes und Verwaltungsraths sogleich zur Ausführung geschritten werden, indem das Areal, das Se. Maj. der König unentgeltlich der Gesellschaft überläßt und das auch etwa 80,000 fl. an Werth hat, sogleich zur Verfügung steht. Ein weiterer großer Werth liegt in dem großen zoologischen Museum des Präparators Plouquet, das sofort dem zoologischen Garten einverleibt werden soll, das denselben einen Vorzug vor andern ähnlichen Etablissements verleiht, denn dieses zoologische Museum hat mit seinen originalen Thierpräparaten und seinen meisterhaft bargestellten Thiergruppen bereits einen europäischen Ruf erlangt.

Frankfurt, 13. März. In der Denkschrift, welche der Herzog von Nassau für seine Gemahlin, die Herzogin Adelheid Marie zu Nassau, geborne Prinzessin zu Anhalt, ihre Erbansprüche in Bezug auf das Herzogthum Lauenburg betr., bei der Bundesversammlung einreichen ließ, wird zuerst der Bestimmungen der lex Regia von 1665, und sodann der verschiednen Verträge Seitens der Großmutter, Landgräfin Charlotte von Hessen, der Mutter der Herzogin und ihres Oheims, des Prinzen Friedrich Wilhelm von

Hessen, gebacht, sowie des eigenen der Herzogin vom 13. Sept. 1851 (der auch beigelegt ist), welche Verträge zu Gunsten der Prinzessin Luise und deren Gemahl im Interesse der Erhaltung der Integrität der gesammten dänischen Monarchie, und von allen Genannten unter der ausdrücklichen Voraussetzung erfolgt seien, daß diese Successionsberechtigungen auf die ganze dänische Monarchie auf die Prinzessin Luise und deren Gemahl, den Prinzen Christian von Glücksburg, vereinigt werden könnten. Es wird hierauf die rechtliche Nothwendigkeit hervorgehoben, daß mit der Gewißheit darüber, daß der Londoner Vertrag nicht zum Vollzug gekommen, oder überhaupt die Integrität der dänischen Monarchie in dem in den Renunziationsurkunden 2c. bezeichneten Umfange nicht erreicht werden könne, zugleich die Bedingung des von der Herzogin ausgesprochenen Verzichtes, so mit dieser Verzicht selbst rechtlich gänzlich bedeutungslos geblieben, und ihr Successionsrecht in vollster Kraft und Geltung sei. Demnach werde die h. Bundesversammlung, die ohnehin den Londoner Vertrag niemals als rechtsbändig anerkannt habe, nicht den geringsten Zweifel hegen, daß die Erbtronsrechte der Herzogin, namentlich also auch in Bezug auf Lauenburg, in derselben Integrität und Vollständigkeit fortbeständen, wie vor der Ausstellung des gedachten Verzichtes; wofür noch der weitere rechtliche Gesichtspunkt geltend gemacht wird, daß diejenige Linie des dänischen Könighauses, für welche der bedingte Verzicht geleistet worden, die Ausübung der Regierungsrechte in Lauenburg, einem deutschen Bundesland, aufgegeben habe. Indem der Herzog sich schließlich weitere Anträge vorbehält, werden im Hinblick auf die rechtlichen Beschränkungen der Wirksamkeit von Erbverzicht und die Grundsätze der Erbfolge ex pacto et providentia majorum unter allen Umständen eventuell die Erbansprüche des Erbprinzen Wilhelm Alexander zu Nassau und überhaupt der Descendenten der Herzogin gewahrt, und bezüglich des Erstern, geb. am 22. Apr. 1852, das besondere thatsächliche Verhältniß hervorgehoben, daß derselbe, da seine Mutter am 13. Sept. 1851 ihre Verzicht- und Renunziationsurkunde ausstellte, zwar noch nicht geboren gewesen, aber dessen Geburt schon im 7. Monate darnach erfolgt sei, derselbe deshalb schon zur Zeit des Verzichtes seiner Mutter als Nasciturus angeborne erworbene Rechte auf die Succession nach der lex Regia gehabt habe.

Annaberg, 5. März. (Dr. J.) Im vorigen Monat hat man in der Nähe des neuen Gumnitz-Annaberger Bahnhofes reiche Erzgänge angefahren. Dieselben bestehen aus Blismuth, Kobalt, Rothgiltig und Glaserz. Um die Wichtigkeit dieses Fundes für Laien darzutun, fügen wir die Bemerkung bei, daß der Blismuth in hohem Preise steht, und jetzt für den Zentner 400 Thlr. bezahlt werden (oft bis 800 Thlr.), das Kobaltz sehr gesucht und auch ziemlich theuer ist. Das Rothgiltigerz enthält bis 80 Proz. des feinsten weichen Silbers, während das Glaserz um ein wenig geringeres, spröderes und härteres Silber (etwa auch 60 bis 80 Proz.) enthält. Bei der großen Mächtigkeit und Reichhaltigkeit der angebrochenen Erzgänge und der geringen Teufe der Grube (35 Fathen) steht für die nächste Zeit eine bedeutende Ausbeute aus derselben in Aussicht.

Berlin, 12. März. Der König hat die von den Bildhauern Lazzarini und Baratta zu Carrara gearbeitete lebensgroße Statue Friedrich's II. für den Preis von 9000 Thlrn. angekauft; dieselbe ist in diesen Tagen im Park von Sanssouci vor der großen Fontaine aufgestellt worden.

Burg, 11. März. „Gestern Vormittag“ (so berichtet man der „Magdeb. Presse“ unterm 11. d.) haben die sämtlichen Arbeiter einer hiesigen Fabrik die Arbeit neuerdings eingestellt. Sie waren dazu berechtigt, weil sie 14 Tage vorher gekündigt hatten. Die Arbeiter verlangen die Streichung desjenigen Paragraphen der revidirten Fabrikordnung, welcher eine Strafe für das Zuspätkommen zur Arbeit festsetzt. Aus demselben Grund haben in mehreren anderen Fabriken die Arbeiter gekündigt. Die Fabrikanten hatten bei der auf Wunsch der Arbeiter vorgenommenen Revision der Fabrikordnung nur eine Ermäßigung der in dieser festgesetzten Strafe bewilligt. (Es handelt sich nämlich um Akkorbarbeiter, die also bei etwaigem Zuspätkommen schon selbst Schaden haben.)

Ein Kaufmann von altem Schrot und Korn in Prag schrieb jüngst, wie die „Bohemia“ erzählt, einem Geschäftsfreund auf dem Lande mit einer scherzhaften Wendung folgendes: „Heute, mein lieber Freund, gibt es eigentlich nur noch ein rentables Geschäft: das Einfielen der Zahlungen. Wenn ich um 10 Jahre jünger wäre, würde ich es auch damit versuchen, da ich aber schon zu alt dafür bin, so erhalten Sie in der Beilage Ihr Geld und können dafür Gott danken.“

Neu-York, 1. März. (Per Dampfer „Europa“ und per Telegraph von Nohes Point.) Das Post-Dampfschiff des Nordb. Lloyd, „New-York“, Kapitän G. Wente, welches am 12. Februar von Bremen und am 15. Februar von Southampton abgegangen war, ist gestern, Dienstag den 28. Februar, nach einer Reise von 12 Tagen wohlbehalten hier angekommen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

13. März.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 9 00	25	N.	ganz bew.	trüb, Schneeflocken
Mittags 2 „	8 20	4 45	„	„	„
Nachts 9 „	8 02	2 00	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 16. März. 2. Quartal. 40. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: **König Heinrich der Vierte**; historisches Schauspiel in 5 Akten, von Shakespeare; nach Schlegel's Uebersetzung in Zusammenziehung beider Theile für die Bühne bearbeitet von G. Devrient.

Freitag 17. März. 2. Quartal. 41. Abonnementsvorstellung. **Der fliegende Holländer**; Oper in 3 Akten, von R. Wagner.

Sonntag 19. März. 2. Quartal. 42. Abonnementsvorstellung. **Liebes Memoiren oder: Unruhige Zeiten**; Posse mit Gesang in 3 Akten, von Emil Pöhl; in neuer Bearbeitung; Musik von Conradi.

Theater in Baden.

Mittwoch 15. März. **Die beiden Schützen**; komische Oper in 3 Akten, von Vorjüng.

